

40/1995

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Gemeinsam für Stabilität und Wohlstand

In den kommenden Jahren stehen wir in der europäischen Politik vor einer Reihe ganz entscheidender Weichenstellungen. Sie werden das Gesicht unseres Kontinents bis weit in das kommende Jahrhundert hinein prägen.

Ich will daran erinnern, daß mit Beginn des neuen Jahres die italienische Präsidentschaft die Aufgabe übernimmt, die Regierungskonferenz zu eröffnen,

**Aus der Regierungserklärung
des Bundeskanzlers zu
aktuellen Fragen der Europa-
politik am 7. Dezember
im Deutschen Bundestag**

daß dann im zweiten Halbjahr des kommenden Jahres die irische Präsidentschaft folgt und daß wir hoffen und darauf hinarbeiten, daß im ersten Halbjahr des Jahres 1997 unter der niederländischen Präsidentschaft die Regierungskonferenz, wie ich gerne sagen möchte, mit einem Maastricht-II-Vertrag zum Abschluß kommen wird.

Es gilt jetzt, mit Augenmaß, mit Mut, aber auch mit Geduld die richtigen Entscheidungen zu treffen. Die deutsche Außen- und Europapolitik muß dabei von bestimmten Rahmenbedingungen ausgehen. Zu diesen Rahmenbedingungen gehört, daß wir vor allem auch

Fortsetzung auf Seite 3

HEUTE AKTUELL

● Europa

Die strikten Stabilitätskriterien des Vertrages von Maastricht dürfen nicht aufgeweicht werden. Ein Argumentationspapier von Theo Waigel. Seite 6

● Jahrestag

Generalsekretär Peter Hintze zum Jahrestag der UN-Menschenrechts-Charta: Das Engagement für Frieden und Menschenrechte weltweit verstärken. Seite 11

● Gratulation

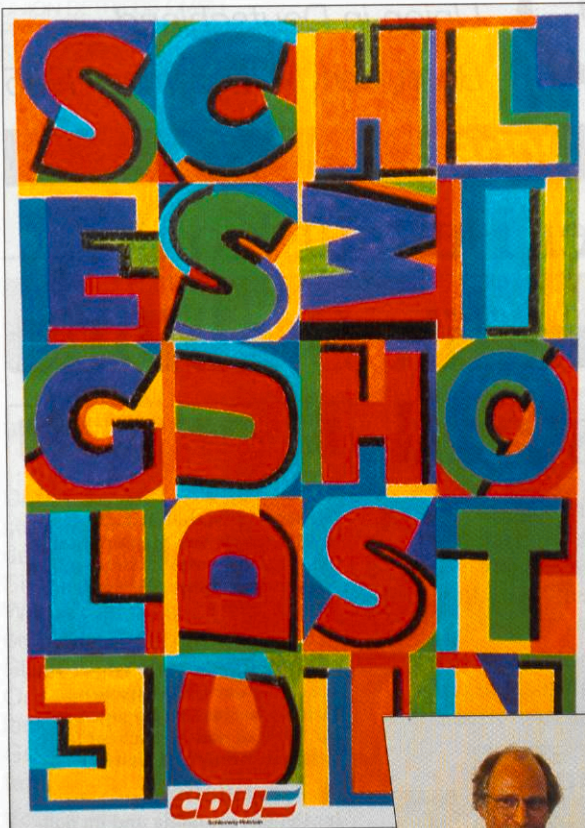
Im Denken gradlinig und im politischen Handeln verlässlich: Alfred Dregger wird 75 Jahre alt. Seite 21

● Dokumentation

Bundeskanzler Helmut Kohl: Unsere Soldaten sollen wissen, daß die große Mehrheit unseres Volkes hinter ihnen steht. Regierungserklärung zur Beteiligung an der Absicherung des Friedensvertrages für Bosnien-Herzegowina. Grüner Teil

**Frohe Weihnachten
und ein glückliches
und erfolgreiches
neues Jahr!**

Die nächste UID-Ausgabe
erscheint in der
zweiten Januar-Woche 1996.



Die ganze fröhliche FARBPALETTE des nördlichsten Bundeslands

Es war ein Wagnis, das interessante Ergebnisse gebracht hat.“ So kommentierte der schleswig-holsteinische CDU-Landesvorsitzende Ottfried Hennig einen Plakatwettbewerb, zu dem die CDU Schleswig-Holstein im

Vorfeld der Landtagswahl vom 24. März 1996 Künstlerinnen und Künstler aus Schleswig-Holstein in Zusammenarbeit mit dem Landesverband Bildender Künstler (BBK) eingeladen hatte.

Insgesamt 37 Plakate wurden eingesandt, aus denen die Jury das Werk des Grafikers Günter Grashoff als ersten Preis auswählte. Das Plakat spiegelt, so Günter Grashoff, „die ganze fröhliche Farbpalette“ des nördlichsten Bundeslandes wider.

Wenn es die Wahlkampfkasse des CDU-Landesverbandes zulässt, wird das Plakat von Jürgen Grashoff im Winterwahlkampf 1996 einen bunten Farbtupfer für die CDU geben.



Fortsetzung von Seite 1

im Ansehen all unserer Nachbarn als das größte und wirtschaftlich stärkste Land im Herzen Europas mit unserem Verhalten ganz besonders beobachtet werden.

Wir sind das Land mit den meisten Nachbarn und Grenzen, und wir dürfen auch nicht übersehen, daß die Belastungen aus der jüngsten deutschen Geschichte latent nach wie vor spürbar sind.

Ich weiß auch, daß es ebenso Gefühle von Neid und gelegentlich von Eifersucht über die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland gibt.

Wir dürfen uns nicht täuschen: Es gibt nach wie vor, wie auch in den Jahren 1989/90 in der Entwicklung zur deutschen Einheit, reale Befürchtungen angesichts der Größe und Stärke des vereinten Deutschlands. Deswegen ist es wichtig und ein Gebot der Zukunftssicherung für unser Land, daß wir die Lage realistisch einschätzen und immer wieder, auch in sogenannten kleinen Fragen, berücksichtigen, wie unsere Nachbarn uns sehen und betrachten.

Eine deutsche Außenpolitik, die nicht klar zu den Grundsätzen und Zielen der europäischen Einigung stehen würde, wäre unverantwortlich. Es gibt kein Zurück zur nationalen Machtpolitik. Es gibt auch kein Zurück, weder für die Deutschen noch für die anderen in Europa, zum überkommenen Gleichgewichtsdenken.

Kern unserer Außen- und Europapolitik muß und wird deshalb auch in Zukunft die konsequente Fortsetzung des europäischen Einigungswerks sein. Dieses Werk, das vorausschauende Politiker wie Robert Schuman, Konrad Adenauer und Alcide de Gasperi und – ich betone es – auch alle meine Vorgänger im Amt in diesen Jahren mit Optimismus, manchmal mit Resignation, mit Einsatz und vor allem mit einer

klaren Vision begonnen haben, hat ganz entscheidend dazu beigetragen, daß wir in Europa und in den vergangenen fünfzig Jahren Frieden, Freiheit und auch wachsenden Wohlstand erleben konnten.

Bei all dem, was man über diese Jahrzehnte kritisch sagen kann, gilt der Satz: Die Politik der europäischen Einigung ist die größte Erfolgsgeschichte unseres Kontinents geworden.

Dies gilt auch für die Zukunft. Die Politik der europäischen Einigung ist und bleibt für Deutschland und Europa von existentieller Bedeutung, und – ich wiederhole diesen Satz noch einmal sehr bewußt – sie ist in Wirklichkeit auch die Frage von Krieg und Frieden im 21. Jahrhundert. Deshalb müssen wir alles tun, um den europäischen Einigungsprozeß entschlossen voranzubringen und ihn politisch unumkehrbar zu machen.

Dabei müssen wir uns bewußt sein, daß es in den kommenden Jahren immer wieder Fortschritte, aber auch Rückschläge geben wird, zumal – und das ist ein spürbarer Unterschied zu den Verhandlungen, die zu Maastricht I führten – die innenpolitische Lage in vielen Partnerländern alles andere als leicht ist. Je näher die Detailentscheidungen rücken, desto mehr wächst die Kritik an der europäischen Entwicklung und der europäischen Politik bei vielen Bürgern, auch bei uns in Deutschland. Dennoch ist für mich klar, daß für Euro-Pessimismus oder gar Euro-Skepsis nicht der geringste Anlaß besteht. Dies um so weniger, wenn wir uns noch einmal deutlich machen, was wir in den letzten Jahren erreichen konnten.

Ich erinnere mich sehr gut an den ersten Europäischen Rat in Kopenhagen im Dezember 1982, an dem ich als neugewählter Bundeskanzler teilnahm. Damals gab fast niemand mehr dem Projekt Europa eine

Zukunftschance, und das Wort von der Euro-Sklerose war das bestimmende Wort zur europäischen Entwicklung.

In einer gemeinsamen Anstrengung haben wir diesen gefährlichen Stillstand überwunden. Dabei waren Frankreich und Deutschland ganz wesentlich engagiert. Ich erinnere an die vielen gemeinsamen Aktionen, die Staatspräsident François Mitterrand und ich in gemeinsamer Zusammenarbeit mit dem Kommissionspräsidenten Jacques Delors immer wieder unternommen haben.

Aus der damaligen Krise ist durch eine enge deutsch-französische Partnerschaft und nicht zuletzt durch die Arbeit von Jacques Delors eine neue Dynamik entstanden. Ich erinnere an das Binnenmarktprogramm aus dem Jahre 1985 und die Einheitliche Europäische Akte von 1986.

Auch nach der grundlegenden Veränderung der politischen Lage in Europa durch die friedliche Revolution im Osten unseres Kontinents – auch unseres eigenen Landes nach dem Fall der Mauer – hat die Bundesregierung konsequent an der europäischen Integration festgehalten. Wir haben nie einen Zweifel daran aufkommen lassen – und diese Position bestimmt auch in Zukunft unsere Politik –, daß deutsche Einheit und europäische Einigung zwei Seiten ein und derselben Medaille sind. Unser Europakurs hat es uns ermöglicht, die Zustimmung unserer überwiegend zögerlichen Partner in Europa zur deutschen Einheit zu erlangen.

Aus dieser Lage heraus ist im Jahre 1990 die gemeinsame Initiative zwischen Deutschland und Frankreich zum Maastricht-Vertrag entstanden. Das Konzept von Maastricht umschreibt unsere gemeinsame Zukunft. Es definiert die Aufgaben der nächsten Jahre. Diese wollen wir in bewährtem engen Schulterschuß mit Frankreich angehen.

Ich hoffe sehr, daß das deutsch-französische Treffen in Baden-Baden, das sich in erster Linie mit europapolitischen Fragen befassen wird, in diesem Sinne dienlich sein wird.

Unsere Partnerschaft ist vom festen Willen zu enger Zusammenarbeit und von der Entschlossenheit, Europa gemeinsam voranzubringen, geprägt. Beim informellen Treffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union in Mallorca im September dieses Jahres haben wir uns sehr eingehend der umfangreichen europäischen Agenda bis zum Jahr 2000 gewidmet. Wir haben dort in Anknüpfung an unser Gespräch vom Europäischen Rat in Essen in einer offenen Diskussion die mittel- und langfristige Ausrichtung der Europapolitik und die damit entstehenden zeitlichen Herausforderungen erörtert.

Lassen Sie mich kurz die wesentlichen Themen nennen, die in den nächsten Jahren auf der „Europäischen Agenda 2000“ stehen:

Erstens: Die Regierungskonferenz zur Überprüfung und Fortentwicklung des Maastricht-Vertrages, von der ich bereits eingangs sprach.

Zweitens: Die Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion unter strikter Wahrung der Kriterien und gemäß dem Zeitplan des Maastricht-Vertrages.

Drittens: Die Verhandlungen zur künftigen Mittelausstattung der Union müssen rechtzeitig vor dem Auslaufen der Finanzregelung von Edinburgh im Jahre 1999 abgeschlossen werden. Ich betone, daß sie rechtzeitig vor 1999 abgeschlossen werden müssen. Die neuen Vereinbarungen müssen insbesondere, wie ich denke, dem Prinzip einer fairen Lastenteilung stärker als bisher entsprechen.

Viertens: Die weitere Heranführung der mittel- und osteuropäischen Reformländer an die Europäische Union und die Vorbereitung ihres Beitritts.

Fünftens: Der Beitritt der jungen Demokratien in Mittel- und Osteuropa muß durch den Ausbau enger und partnerschaftlicher Beziehungen zu den Nachbarregionen der Europäischen Union im Osten und Süden ergänzt werden. Ich nenne hier Rußland, ich nenne die Ukraine, ich nenne die Türkei, die Mittelmeerregion und nicht zuletzt Israel.

Sechstens: Es wird in den nächsten Jahren darum gehen, weiter an einem gesamteuropäischen Sicherheitssystem zu bauen. Wichtige Eckpunkte hierfür sind die geplante NATO-Erweiterung sowie der parallele Aufbau einer besonderen Partnerschaft mit Rußland und der Ukraine.

Siebtens: Es ist in diesen Tagen wieder besonders deutlich geworden, wie wichtig folgender Punkt ist: Es geht schließlich um die langfristige Absicherung und Vertiefung des transatlantischen Verhältnisses. Wir wollen und müssen die Partnerschaft Europas mit den Vereinigten Staaten festigen und vertiefen. Ich danke ausdrücklich dem spanischen Ministerpräsidenten, der spanischen EU-Präsidentschaft, daß beim transatlantischen Treffen mit Präsident Clinton vor wenigen Tagen eine neue und,

wie ich denke, zukunftsweisende transatlantische Agenda und ein Aktionsplan für die nächsten Jahre vereinbart wurden.

Aus diesen Abmachungen ergibt sich ein komplexer, schwieriger Zeitplan sowohl auf nationaler wie auf europäischer Ebene, ein Zeitplan, der enorm viel Arbeit enthält und der vor allem eine Gesamtstrategie erfordert.

Europa muß als Gemeinschaft für Stabilität und Wohlstand weiter zusammenwachsen. Die Beschlüsse von Maastricht zur Wirtschafts- und Währungsunion sind die Antwort auf die neuen Herausforderungen des kommenden Jahrhunderts.

Wir brauchen die Wirtschafts- und Währungsunion: für die Stärkung des Standortes Europa angesichts der globalen Herausforderungen der kommenden Zeit, zur Vollendung des gemeinsamen Binnenmarktes, für die Erhaltung und Schaffung zukunftssicherer Arbeitsplätze und zur angemessenen Stärkung des europäischen Gewichts im internationalen Währungssystem. Die hierfür erforderlichen Voraussetzungen sind dauerhafte Konvergenz und Stabilität in den Mitgliedstaaten. ■

EAK lädt zu einem Schülerwettbewerb ein

„Luthers Beitrag zur Entwicklung des sozialen Staates“ – so lautet das Thema eines Wettbewerbs, zu dem der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Bundeslandwirtschaftsminister Jochen Borchert, eingeladen hat.

Die Einladung richtet sich an Schülerinnen und Schüler der Klassen 10 bis 13 und möchte erreichen, daß Martin Luther und sein Dienst am Menschen wieder stärker ins Bewußtsein gerufen wird.

Einsendeschluß für die Arbeiten des

Luther-Wettbewerbs ist der 1. September 1996. Einsendungen mit diesem Poststempel werden noch berücksichtigt. Die Preisverleihung und Würdigung der drei besten Arbeiten findet am 11. November 1996 in Bonn statt.

Als Preise winken: Eine dreitägige Klassenfahrt zu den Wirkungsstätten Luthers in Thüringen (1), eine Prämie für die Klassenkasse in Höhe von 500 DM (2) sowie eine Prämie für die Klassenkasse in Höhe von 300 DM (3). Die Preise 4 bis 10 sind Büchergutscheine im Wert von insgesamt 1.000 DM.

Die strikten Stabilitätskriterien des Vertrages von Maastricht dürfen nicht aufgeweicht werden

Der Prozeß der Europäischen Einigung hat den Bürgern Europas Frieden, mehr Freiheit und mehr Wohlstand gebracht. Dieser Prozeß muß fortgesetzt werden.

Wir brauchen die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion zur Vollendung des gemeinsamen Binnenmarktes, für die Stärkung des Standortes Europas vor den globalen Herausforderungen des nächsten Jahrhunderts, für die Erhaltung und Schaffung zukunftssicherer Arbeitsplätze, als Katalysator für die weitere europäischen Integration und als attraktiven Mittelpunkt einer größer werdenden EU.

Einführung der europäischen Währung

Gegenwärtig spielen die Fragen des Überganges auf die einheitliche europäische Währung in der Endstufe eine große Rolle. Der Europäische Rat in Madrid wird am 15./16. Dezember 1995 die Eckpunkte dieses „Übergangsszenarios“ festlegen. Der EU-Rat der Wirtschafts- und Finanzminister hat sich auf seiner Tagung am 27. November 1995 auf einen Bericht für dieses Szenario verständigt. Er steht weitgehend in Einklang mit den Vorstellungen des Europäischen Währungsinstituts. In ihm finden sich auch die wesentlichen deutschen Positionen wieder.

● Die Sequenz der Einzelschritte zur Einführung der europäischen Währung ist parallel zum Bericht des Europäischen Währungsinstituts klar festgelegt.

► Der Europäische Rat soll möglichst früh in 1998 auf der Basis der Ist-Daten von 1997 über den Teilnehmerkreis an der Währungsunion entscheiden. In der Phase vor Eintritt in die Endstufe wird die Europäische Zentralbank errichtet und die Produktion der Banknoten und Münzen der europäischen Währung aufgenommen.

Ein Argumentationspapier von Bundesfinanzminister Theo Waigel zu den aktuellen Fragen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion an die Mitglieder der CDU/CSU- und FDP-Bundestagsfraktion

- Nach Beginn der Endstufe der Wirtschafts- und Währungsunion am 1. Januar 1999 wird die europäische Währung im bargeldlosen Zahlungsverkehr zwischen der Europäischen Zentralbank und den Geschäftsbanken verwendet und kann im Nichtbankensektor verwendet werden. Die nationalen Währungen sollen in dieser Phase ihren selbständigen Währungscharakter behalten.
- Spätestens ab dem 1. Januar 2002 erfolgt innerhalb von maximal sechs Monaten der Bargeldumtausch. Nach dem 1. Juli 2002 ist ausschließlich die europäische Währung gesetzliches Zahlungsmittel. Diese Festlegung eines einheitlichen Zeit- und Rechtsrahmens schafft die notwendige Rechtssicherheit.

● Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank wird in der europäischen Währung durchgeführt. Die nationalen Zentralbanken können denjenigen Geschäftsbanken, die zunächst noch in nationaler Währung operieren wollen, sogenannte Kurventoren zur Verfügung stellen. Damit werden Wettbewerbsverzerrungen im deutschen Bankensektor vermieden.

● Nach dem Eintritt in die Endstufe entsteht für die Bürger kein Zwang zur Verwendung der einheitlichen Währung im bargeldlosen Zahlungsverkehr, aber auch keine Behinderung für ihre Verwendung auf freiwilliger Basis. Die öffentliche Verwaltung stellt ihre Transaktionen auf die europäische Währung um, wenn die Geldzeichen der europäischen Währung eingeführt werden. Dies sichert die Akzeptanz des WWU-Prozesses und der europäischen Währung in der Bevölkerung.

Name der europäischen Währung

Für die Akzeptanz und Glaubwürdigkeit ist auch der Name der europäischen Währung von entscheidender Bedeutung. Der Europäische Rat in Madrid wird die Entscheidung über den Namen treffen. Der von deutscher Seite eingebrachte Vorschlag „Euro“ ist bei den europäischen Partnern auf Verständnis gestoßen.

Wechselkursbeziehungen zu den Nichtteilnehmern an der Währungsunion

Ein weiteres Thema für den ER in Madrid sind die Wechselkursbeziehungen zu denjenigen Mitgliedstaaten, die an der Endstufe zunächst noch nicht teilnehmen können. Dieses Thema ist integrationspolitisch und ökonomisch wichtig, um die Mitgliedstaaten mit Konvergenzdefiziten an die Währungsunion heranzuführen und den Binnenmarkt zu stabilisieren. Es hat zeitlich aber keine allerhöchste Priorität.

Für den ER in Madrid wäre es ausreichend, sich über die Notwendigkeit einer Regelung der Wechselkursbeziehungen zu verständigen und die Einzelheiten im Laufe des nächsten Jahres vom Ministerrat sorgfältig beraten zu lassen.

Haushaltsdisziplin in der Endstufe

Die Arbeiten zum Einführungsszenario sind notwendig und müssen rechtzeitig durchgeführt werden. Die Klärung dieser Fragen darf aber nicht in den Hintergrund drängen: Die Konvergenz muß nicht zu Beginn der Endstufe der WWU, sondern auch dauerhaft erreicht werden. In der Endstufe muß insbesondere auch die Stabilität der öffentlichen Finanzen gewährleistet sein. Eine solide Haushaltspolitik aller Teilnehmer an der Endstufe ist Grundvoraussetzung für die Erfüllung des Stabilitätsauftrages der Europäischen Zentralbank. Die Sicherung der Haushaltsdisziplin ist deshalb von zentraler Bedeutung für die Funktionsfähigkeit der WWU, für ihre Akzeptanz in der Bevölkerung und auf den Finanzmärkten.

Der Vertrag von Maastricht sieht dafür bereits zahlreiche Regelungen vor. Von deutscher Seite ist darüber hinaus eine Zusatzvereinbarung unter den Teilnehmern an der Endstufe vorgeschlagen worden, damit die Stabilitätskriterien des Vertrages strikt eingehalten werden und seine Sanktionen schnell greifen. Der von mir eingebrachte „Stabilitätspakt für Europa“ ist bei den europäischen Partnern grundsätzlich auf breite Zustimmung gestoßen. Er sieht die folgenden Eckpunkte vor:

● Die WWU-Teilnehmer verpflichten sich, bei ihrem Staatsdefizit auch in wirtschaftlich ungünstigen Perioden die 3-Prozent-Grenze des BIP nicht zu überschreiten. Mittelfristig wird ein Defizitziel von 1 Prozent des BIP in wirtschaftlicher Normallage angestrebt.

- Wird die 3-Prozent-Obergrenze überschritten, ist eine unverzinsliche Einlage in Höhe von jeweils 0,25 Prozent des BIP pro angefangenem Prozentpunkt der Defizitüberschreitung zu hinterlegen.
- Die Einlage wird bei Unterschreitung der Obergrenze wieder zurückgezahlt. Sie wird in eine Geldbuße umgewandelt, wenn die 3-Prozent-Grenze nach 2 Jahren weiterhin verfehlt ist.
- Die Teilnehmer gründen einen „Europäischen Stabilitätsrat“ zur Umsetzung und Abstimmung dieser Selbstverpflichtung.

Die Konvergenz entscheidet über den Zeitplan

Dauerhafte Konvergenz- und Stabilität sind die wichtigsten Voraussetzungen für den Erfolg der Wirtschafts- und Währungsunion. Die strikten Stabilitätskriterien des Vertrages von Maastricht dürfen nicht aufgebrochen werden. Demnach entscheidet die Konvergenz über den Zeitplan für die Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion und nicht der Zeitplan über die Erreichung dauerhafter Konvergenz.

Stand der Konvergenz in der EU 1995 (Schätzung)

Stand: Dezember 1995

Land Zinsen ³⁾	Preise ¹⁾	Haushaltsdefizit ²⁾	Schuldenstand ²⁾	
Belgien	1,5	-4,5	134,4	7,6
Dänemark	2,0	-2,0	73,6	8,4
Deutschland	1,8	-2,9	58,8	6,6
Frankreich	1,9	-5,0	51,5	7,5
Griechenland	9,2	-9,3	114,4	18,4
Großbritannien	2,9	-5,1	52,5	8,3
Irland	2,5	-2,7	85,9	8,3
Italien	5,6	-7,4	124,9	11,7
Luxemburg	1,9	0,4	6,3	6,2
Niederlande	1,6	-3,1	78,4	7,2
Portugal	4,2	-5,4	70,5	11,4
Spanien	4,9	-5,9	64,8	11,1
Finnland	1,2	-5,4	63,2	8,0
Österreich	2,4	-5,5	68,0	6,5
Schweden	2,8	-7,0	81,4	10,1
WWU-Schwellenwert	2,9	-3,0	60,0	9,6

1) Veränderung des Deflators des privaten Verbrauchs gegenüber Vorjahr in %. WWU-Schwellenwert: Durchschnitt der 3 preisstabilsten Länder zzgl. 1,5 Prozentpunkte.

2) Finanzierungssaldo und Bruttoschuldenstand der öffentlichen Haushalte in Prozent des BIP.

3) Rendite langfristiger öffentlicher Anleihen in Prozent. Annahmen aus der Herbstprognose der KOM. WWU-Schwellenwert. Durchschnitt der 3 preisstabilsten Länder zzgl. 2 Prozentpunkte.

Am EWS-Wechselkursmechanismus nehmen nicht teil: Großbritannien, Italien, Griechenland, Finnland und Schweden. Die frühere Bandbreite von plus/minus 2,25 % wird derzeit nicht überschritten zwischen der D-Mark, der dän. Krone, dem holl. Gulden, dem belg. Franc, dem österr. Schilling und der span. Peseta.

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Wir müssen und wollen die Einigung Europas unumkehrbar machen

„Mit Augenmaß, Mut und Geduld“ will Helmut Kohl beim Treffen des europäischen Rates am 15. und 16. Dezember in Madrid das europäische Einigungswerk voranbringen. Das hat der Bundeskanzler am 7. Dezember in einer Regierungserklärung zur Europa-Politik angekündigt. Für Deutschland und Europa habe die europäische Einigung existenzielle Bedeutung; es handle sich um eine Frage von Krieg und Frieden im 21. Jahrhundert: Das Einigungswerk müsse jetzt unumkehrbar gemacht werden.

Die Regierungserklärung des Kanzlers und dessen Treffen mit Staatspräsident Chirac am selben Tag in Baden-Baden kommentiert die „Rheinische Post“ vom 8. Dezember:

Es war vermutlich kein Zufall des Terminkalenders, daß Bundeskanzler Helmut Kohl gestern vormittag im Bundestag eine Regierungserklärung zur Europa-Politik abgab und am Abend in Baden-Baden mit Staatspräsident Chirac zu den jahresüblichen deutsch-französischen Konsultationen zusammentraf. „Europa“ drängt, die Zeit verrinnt. Die enormen innenpolitischen Schwierigkeiten, die Frankreich wegen des strikten Sparkurses der Regierung hat, hängen ja unmittelbar mit dem Bemühen zusammen, sich für die europäische Wirtschafts- und Währungsunion fitzumachen.

Mit den wirtschaftlichen und finanziellen Voraussetzungen für die Vollenendung des europäischen Einigungswerkes befaßt sich die „Kölnische Rundschau“ vom 8. Dezember und schreibt:

Bundeskanzler Helmut Kohl, als europäisch denkender Politiker, rief gestern noch dazu auf, das europäische Einigungswerk konsequent fortzusetzen. Gerade aber diese Konsequenz ist es, vor der sich viele Bundesbürger fürchten. Und dieselbe Konsequenz ist es, mit der Paris das marode Sozialsystem reformieren will und muß, soll Frankreich eine Chance auf das Ticket für die Währungsunion haben.

Die sogenannten Konvergenzkriterien, die Schuldenstand und Neuverschuldung hart an die Kandare nehmen, sprechen eine deutliche Sprache. Der Widerhall ist gerade in den menschenleeren Bahnhöfen Frankreichs zu hören.

Für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 8. Dezember steht ebenfalls der prekäre Zusammenhang zwischen Europäischer Währungsunion und den französischen Streiks im Vordergrund ihrer Kommentierung:

Über dem Treffen in Baden-Baden lag als Schatten der Streik, der halb Frankreich lähmt. Daß Premierminister Juppé seine Teilnahme abgesagt hatte, zeigt den Ernst der Lage. Die Sanierung der maroden Staatsfinanzen, der defizitären Staatsbetriebe und der Systeme sozialer Sicherung ist zwar eine Aufgabe, die Frankreich zuallererst im Interesse seiner eigenen Bürger anpacken und lösen muß. Aber in der öffentlichen Wahrnehmung verbindet sich das mit dem von einer Zauberformel zum Schimpfwort gewordenen Namen ‚Maastricht‘.

CDU Italien und CDU Deutschland für den Fortschritt in Europa

Aus Anlaß des Besuches des Vorsitzenden der „Cristiani Democratici Uniti“ (CDU) Italiens, Prof. Dr. Rocco Buttiglione, vom 3.-5. Dezember in Bonn haben er und der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Lamers sowie der Italien-Beauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Armin Laschet, folgende Erklärung abgegeben:

Wir erwarten, daß die Europäische Integration unter der EU-Ratspräsidentschaft Italiens ab dem 1. Januar 1996 bedeutende Fortschritte erzielt. Dies gilt insbesondere für den Beginn der Revisionskonferenz des Maastrichter Vertrages, deren Erfolg für die weiteren Etappen der Europäischen Integration, vor allem für die Europäische Währungsunion und die Erweiterung der Europäischen Union große Bedeutung hat.

Wichtige Etappen im Europäischen Integrationsprozeß waren immer schon mit Namen großer italienischer Politiker verbunden: Alcide de Gasperi, Aldo Moro, Ezio Vanoni. Wir sind daher überzeugt, daß Italien sich auch künftig von diesem europäischen Geist bestimmen läßt.

Der politische Wandlungsprozeß in Italien ist in ganz Europa von größter Bedeutung. Wir sind überzeugt, daß er die Demokratie festigen und damit auch die außenpolitische Handlungsfähigkeit Italiens stärken wird. Dazu bedarf es einer starken politischen Mitte, die den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen eine integrierende Orientierung gibt. Italien braucht eine starke Kraft der Mitte, ebenso wie Europa eine starke Mitte in Italien benötigt.

Deutschland sieht mit großem Respekt die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung in Italien. So wird das reale Wirtschafts-

wachstum Italiens von 2,2 Prozent im Jahr 1994 auf 3,2 Prozent im Jahr 1995 steigen. Das BIP Italiens entspricht heute dem von Frankreich und Großbritannien. Auch ergreift Italien mit großer Entschlossenheit Maßnahmen zur Reduzierung des Staatsdefizits und zur Reform des Sozialversicherungssystems, mit der es die wirtschaftliche Konsolidierung fortführen und Italien auf die Europäische Währungsunion vorbereitet. Für beide Seiten ist klar, daß weder an den Konvergenzkriterien noch an dem Zeitplan zur Einführung der dritten Stufe der EWU Änderungen vorgenommen werden dürfen. Beides muß strikt und vertragsgemäß eingehalten werden.

Wir sind davon überzeugt, daß die EWU ein durchgreifendes Modernisierungs- und Gesundungsprogramm für die europäischen Volkswirtschaften darstellt, mit dem die globale Wettbewerbsfähigkeit Europas und damit verbunden wirtschaftliches Wachstum, Arbeitsplätze und Wohlstand gesichert werden kann.

Abkehr vom Konsensprinzip

Die Revisionskonferenz 1996 muß die Handlungsfähigkeit Europas insbesondere durch eine Verbesserung der Entscheidungsverfahren in allen Bereichen stärken, vor allem aber in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie der Innen- und Justizpolitik. Dazu ist die Abkehr vom Konsensprinzip und die Einführung von Mehrheitsentscheidungen unerlässlich.

Der Konflikt im ehemaligen Jugoslawien hat gezeigt, wie wichtig es ist, daß Europa in der Außenpolitik mit einer Stimme spricht und eine gemeinsame Verteidigung als europäischer Pfeiler in der NATO aufgebaut wird.

Generalsekretär Peter Hintze:

Das Engagement für Frieden und Menschenrechte weltweit verstärken

Zum Jahrestag der UN-Menschenrechtscharta am 10. Dezember erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Auch fast ein halbes Jahrhundert nach der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ durch die Vereinten Nationen ist die Verwirklichung der Menschenrechte neben der Wahrung des Friedens, der Beseitigung von Hunger und Not und dem Schutz von Natur und Umwelt eine zentrale Aufgabe der Völkergemeinschaft.

Am 2. Advent 1995 sind alle demokratischen Staaten dieser Welt in der Erinnerung daran verbunden, daß die Unantastbarkeit der Würde des Menschen Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, der Gerechtigkeit und des Friedens in der Welt ist. Der Frieden ist dabei kein Grundwert, sondern das Ergebnis der Verwirklichung der Grundwerte. Und einer der elementaren Grundwerte sind die Menschenrechte. Solange sie auf der Welt verletzt werden, kann kein dauerhafter Frieden Einzug halten.

Welche grenzensprengende Kraft der Wunsch nach dem Ende von Unterdrückung besitzt, haben wir hautnah vor wenigen Jahren in unserem damals noch geteilten Vaterland erlebt. Heute richtet sich der Blick vor allem auf die Krisenregion des ehemaligen Jugoslawiens. Das Jubiläum der Menschenrechtscharta fällt zusammen mit der Entsendung der ersten Einheiten der internationalen Friedenstruppe für Bosnien-Herzegowina. Der moralische Auftrag der Truppe wurzelt in der Erklärung der Vereinten Nationen, an die wir erinnern. Auch wir Deutsche leisten

unseren Beitrag, damit die Chance für Frieden und die Wahrung der Menschenrechte für die Menschen in Bosnien Wirklichkeit werden kann.

Ein wichtiger Prüfstein für die Durchsetzung der Menschenrechte wird die Arbeit des Internationalen Gerichtshofes für die Verfolgung und Ahndung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit sein. Wir treten mit aller Entschiedenheit dafür ein, daß sich die angeklagten Kriegsverbrecher aus dem ehemaligen Jugoslawien vor dem Internationalen Gerichtshof für ihre Taten verantworten müssen.

Universelle Gültigkeit

Menschenrechte haben universelle Gültigkeit. Deshalb dürfen wir auch nicht nachlassen, – über die Aufgaben auf unserem Kontinent hinaus – weltweit für ihre Durchsetzung einzutreten. Kein Staat darf dabei seine Souveränität als Schutzmauer beanspruchen, hinter der die Würde von dort lebenden Menschen verletzt wird.

Vor wenigen Wochen wurde der Schriftsteller Ken Saro-Wiwa in Nigeria trotz des weltweiten Protestes hingerichtet. Wir erneuern deshalb ganz besonders die Forderung an die Machthaber in Nigeria: Beenden Sie Folter und Mord! Lassen Sie Ihre politischen Gefangenen frei! Solange das Regime weiter die Menschenrechte mißachtet, muß von seiten der Bundesregierung jede staatliche Zusammenarbeit mit den Machthabern Nigerias ausgesetzt werden. ■

Bundestag billigt Bosnien-Einsatz

543 von 656 Abgeordneten stimmten für den Antrag der Regierung, 107 Abgeordnete stimmten dagegen, 6 enthielten sich. Mit großer Mehrheit hat damit der Bundestag am 6. Dezember der Entsendung von 4.000 deutschen Soldaten zur Absicherung des Friedensvertrages für Bosnien-Herzegowina zugestimmt.

Der Abstimmung ging eine Regierungserklärung des Bundeskanzlers sowie eine Debatte im Deutschen Bundestag voraus, in der die Fraktionen noch einmal ihre Argumente zum Einsatz deutscher Soldaten in einer internationalen Friedenstruppe zur Geltung brachten. Zentrales Anliegen aller, die dem Antrag der Bundesregierung zustimmten, war, wie es der Bundeskanzler ausdrückte: „Unsere Soldaten sollen wissen, daß die große Mehrheit unseres Volkes hinter ihnen steht.“

„Rückkehr zur Normalität“ hat die „Welt“ vom 7. Dezember die Entscheidung des Deutschen Bundestages genannt und damit an die Diskussion erinnert, die – „nur ein paar Tage zurück“ – z.B. in der SPD und bei den Grünen geführt wurde:

Die Bundeswehr wird sich also an der Friedenstruppe in Bosnien beteiligen. Das war seit langem klar. Und schaut man auf die Mehrheit, mit der der Bundestag der Mission zustimmte, dann scheint es, als sei hier nur das ganz und gar Selbstverständliche geschehen. Und dies ist ja auf den ersten Blick auch wahr: Hätte sich denn die Bundesrepublik dieser Mission verweigern können, die dem geschundenen Land Frieden bringen soll?

Aber es ist zugleich nur die halbe Wahrheit. Die überwältigende Zustimmung des Bundestages zum Bosnien-Einsatz ist – wenn man nur ein paar Tage zurückdenkt – eher verblüffend. Noch am vergangenen Wochenende hatte die Frage, ob man hier

mittun solle, den Parteitag der Grünen schier zerrissen. Und kurz zuvor hatte der Parteitag der SPD – angeführt vom neuen Parteivorsitzenden Lafontaine – den Einsatz von Tornados in Bosnien abgelehnt. Nur mit Mühe brachte die SPD in Mannheim einen Formelkompromiß zustande, der den Abgeordneten für die Entscheidung im Bundestag freie Hand ließ.

Und wenn man noch etwas weiter zurückgeht, wird noch deutlicher, wie schnell sich die Lage des Landes verändert hat. 1993 bezweifelte sogar der Koalitionspartner FDP in einer Klage beim Bundesverfassungsgericht, daß Bundeswehrsoldaten in AWACS-Flugzeugen mitfliegen, oder daß deutsche Fregatten ein Embargo überwachen dürften, das die Vereinten Nationen verhängt hatten.

Eine „mit großer Ernsthaftigkeit“ geführte Debatte hat die „Süddeutsche Zeitung“ vom 7. Dezember dem Parlament bescheinigt und dabei hervorgehoben, daß die Argumente der Parteien insbesondere von den Soldaten mit großer Aufmerksamkeit verfolgt werden:

Die Bundeswehr kann sich auf ein überwältigendes Votum des Parlaments stützen, wenn sie in diesen Tagen ihren Einsatz in Bosnien beginnt. Die hohe Zustimmung der Abgeordneten ist besonders wichtig für die Soldaten, die genau die politische Großwetterlage beobachten und die Zustimmung zu ihrer Aufgabe auch als moralische Unterstützung begreifen. Der Bundestag ist dieser Erwartung mit großer Ernsthaftigkeit und vollem Verantwortungsbewußtsein für das Leben dieser Soldaten gerecht geworden.

„Ohne Getöse“ hat nach Meinung vom „Handelsblatt“ vom 7. Dezember der Deutsche Bundestag über den Bundeswehreininsatz in Bosnien

entschieden. Die Zeitung sieht darin die Einstellung fast aller Deutschen, denen „ein Hang zum Bellizismus wahrlich nicht vorgehalten werden“ könne:

Der breite Konsens im Bundestag deutet an, daß sich die Abgeordneten über alle Parteigrenzen hinweg der Tragweite des Beschlusses bewußt sind. Ihnen kann ein Hang zum Bellizismus wahrlich nicht vorgehalten werden, wenn sie jene Solidarität praktizieren, die sie jahrelang von ihren Verbündeten eingefordert haben. Ohne Zweifel wird Deutschland militärisch mit anderen Maßstäben gemessen als seine Nachbarn. Bonn kann das mittlerweile gewachsene Vertrauen nur dadurch rechtfertigen, daß es sich seiner außenpolitischen Verantwortung stellt und den Bosnien-Auftrag ohne Getöse abwickelt. Grund für einen neuen Hurra-Patriotismus liefert der Einsatz nicht.

Das Wort des Bundeskanzlers vom „Einschnitt im Leben des deutschen Volkes“ greift die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 7. Dezember auf und sieht in der Bundestagsentscheidung „nicht lediglich einen militärpolitischen Beschluß“:

Der Bundestag hat sich entschlossen, an einer Wegmarke der deutschen Politik die geistig-moralische Führung zu übernehmen. Das war in den Reden aller Fraktionschefs zu spüren. Vier Fünftel des Parlaments haben der Entsendung von viertausend Soldaten der Bundeswehr zum Einsatz auf dem Balkan zugestimmt.

Damit hat die überwältigende Mehrheit der Abgeordneten nicht lediglich einen militärpolitischen Beschluß gefaßt, sondern den Anspruch Deutschlands nach innen und außen formuliert: Wir kennen unsere Aufgaben, und wir stellen uns ihnen. Der Bundeskanzler sprach von einem Einschnitt, und er hat mit seiner Wortwahl recht: Es ist mehr als eine historische Wende.

Durch die SPD geht ein tiefer Riß

Die Zusicherung des SPD-Fraktionsvorsitzenden Scharping, dem Antrag der Bundesregierung zur deutschen Beteiligung an den militärischen Maßnahmen zur Absicherung des Friedensvertrages für Bosnien-Herzegowina zuzustimmen, ist ausdrücklich zu begrüßen.

Dies ist um so höher zu bewerten, als der neue SPD-Chef Lafontaine und der SPD-Parteitag den Einsatz von Tornado-Kampfflugzeugen kategorisch ablehnen. Festzuhalten ist: Durch Partei- und Fraktionsführung der SPD geht ein tiefer Riß.

Von Bundesminister Friedrich Bohl, Chef des Bundeskanzleramtes

Da ist der Parteivorsitzende Lafontaine, der vor der neuen internationalen Verantwortung Deutschlands wegläuft. Ihm steht eine SPD-Bundestagsfraktion gegenüber, die sich in ihrer Mehrheit offenbar ihrer Verantwortung bewußt ist.

Der Riß läßt sich nicht dadurch zuleistern, daß die SPD-Bundestagsfraktion einen Antrag gegen den Einsatz der Tornados einbringt, wohlwissend und darauf spekulierend, daß er scheitert, um anschließend dann doch für den Regierungsantrag zu stimmen. Mit dieser Art von Kosmetik wird Lafontaine als neuer Parteivorsitzender auf Dauer das Gesicht in außenpolitischen Fragen nicht wahren können.

Das sieht offenbar auch Lafontaine wohl selbst so. Denn sicherheitshalber konnte man am vergangenen Donnerstag bei der entsprechenden Debatte im Deutschen Bundestag sein Gesicht nicht sehen. Oskar Lafontaine fehlte.

Die bestehenden Gesetze reichen nicht aus, um die Ehre der Soldaten zu schützen

Als erste Bewertung des Symposiums „Unsere Soldaten sind keine Mörder“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 5. Dezember erklärten der rechtspolitische und der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Geis und Paul Breuer:

Die im Rahmen des Symposiums abgegebenen Stellungnahmen der militärischen Vertreter, der juristischen Sachverständigen und der Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages sowie die anschließenden Beiträge in der Diskussion haben gezeigt, daß der Ehrenschutz der Soldaten der Bundeswehr in der Praxis durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts stark beeinträchtigt ist. Das Grundrecht der persönlichen Ehre, das in der Menschenwürdegarantie unserer Verfassung wurzelt, muß gegenüber dem Recht auf freie Meinungsäußerung gestärkt werden.

Hierfür trägt in besonderem Maße der Dienstherr der Soldaten und damit letztlich auch das Parlament Verantwortung, weil die Soldaten der Bundeswehr unter dem Primat der Politik stehen. Wer mit der Aussage „Soldaten sind Mörder“ in unserem Land gegen die Bundeswehr agitiert, trifft auch die Auftraggeber der Bundeswehrsoldaten, die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag.

Da es kein unmittelbar wirkendes Mittel gegen die verfassungsgerichtliche Interpretation von beleidigenden Aussagen gegenüber Soldaten der Bundeswehr gibt, wurden von den Straf- und Verfassungs-

rechtsexperten folgende Optionen für eine Änderung der unbefriedigenden Situation in Erwägung gezogen:

- eine Ergänzung strafrechtlicher Bestimmungen (hinsichtlich § 109 d, § 130 o. § 185 StGB) zur Stärkung des Ehrenschutzes von Soldaten oder die Einführung eines allgemeinen Tatbestandes zum Schutz von Amtsträgern bei rechtmäßiger Dienstleistung;
- intensivere gesellschafts- und rechtspolitische Debatte über den Stellenwert der Bundeswehr als Armee in der Demokratie verbunden mit einem klaren Bekenntnis der Politik zugunsten des strafrechtlichen Ehrenschutzes auch für Soldaten;
- Stärkung der Rolle des Parlaments gegenüber dem Bundesverfassungsgericht durch eine eventuelle Änderung gerichtsverfahrensrechtlicher Bestimmungen.

Nicht nur guten Willen zeigen

Angesichts der Verunsicherung der Soldaten kann es nicht darum gehen, nur guten Willen zu zeigen. Derzeit kann jeder unsere Soldaten als Mörder beschimpfen, ohne dafür wegen Beleidigung bestraft zu werden, wenn er nur die richtigen Argumente für sein Verhalten findet. Die bestehenden Gesetze reichen jedenfalls nicht aus, um die Ehre der Soldaten zu schützen, wie die Praxis nachhaltig bewiesen hat. Wir müssen deshalb alle Möglichkeiten einer gesetzlichen Regelung prüfen. Voreilige Resignation wegen der Schwierigkeit der Aufgabe ist verfehlt.

**Unsere
Elektronischen
Adressen:**

● INTERNET
<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE
*CDU#

● X 400
c = de; a = dbp;
p = cdu; s = bund

Die beste Integration ist die Integration in Arbeit und Beruf

Zu der am 6. Dezember von der Bundesanstalt für Arbeit bekanntgegebenen Beschäftigungsquote für Schwerbehinderte erklärt der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Horst Günther:

Es ist ein sozialpolitisches Armutszeugnis, wenn mehr als drei Viertel der beschäftigungspflichtigen Arbeitgeber keine oder weniger als die vorgeschriebenen sechs Prozent Schwerbehinderte beschäftigen, während gleichzeitig mehr als 170.000 Schwerbehinderte arbeitslos sind. Die beste Integration für Behinderte ist die Integration in Arbeit und Beruf. In der Arbeit steckt mehr als nur Einkommenserwerb, sie ist auch eine Möglichkeit der aktiven Teilhabe. Die derzeitige Beschäftigungsquote von 4,0 Prozent ist nicht zu akzeptieren. Ich appelliere daher an die Betriebe und Verwaltungen, mehr Behinderte zu beschäftigen. Dazu bieten die Arbeitsäm-

ter und die Hauptfürsorgestellen eine Reihe von Hilfen an.

Die öffentlichen Arbeitgeber des Bundes kommen ihrer Verpflichtung zur Beschäftigung von Schwerbehinderten nach. Mit 6,7 Prozent im gesamten öffentlichen Dienst des Bundes lag die Beschäftigung Ende Juni deutlich über der gesetzlichen Pflichtquote. Ende 1994 hatte die Quote noch bei 6,4 Prozent gelegen.

Ich appelliere auch an die Länder, die Kommunen und die anderen öffentlichen Arbeitgeber, wie die Bundesregierung ebenfalls Maßnahmen zur verstärkten Förderung der Beschäftigung Schwerbehinderter zu ergreifen. Wenn der öffentliche Dienst insgesamt seiner Vorbildfunktion gerecht wird, kann erwartet werden, daß auch die private Wirtschaft wieder mehr Arbeitsplätze für Schwerbehinderte zur Verfügung stellt.

Bund erfüllt die Beschäftigungsquote

Die öffentlichen Arbeitgeber des Bundes kommen ihrer Verpflichtung zur Beschäftigung von Schwerbehinderten nach. Das geht aus einem Bericht von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm zur Beschäftigung Schwerbehinderter im öffentlichen Dienst des Bundes hervor.

Nach dem Bericht lag die Beschäftigungsquote im gesamten öffentlichen Dienst des Bundes mit 6,7 Prozent Ende Juni deutlich über der gesetzlichen Pflichtquote. Ende 1994 hatte die Quote noch bei 6,4 Prozent gelegen. Das Schwerbehindertengesetz verpflichtet öffentliche und private Arbeitgeber mit mindestens 16 Arbeitsplätzen,

wenigstens sechs Prozent der Plätze mit Schwerbehinderten zu besetzen.

Die Bundesregierung wird ihre Bemühungen um die Beschäftigung Schwerbehinderter intensiv fortsetzen. Die Ressorts sind dazu verpflichtet worden, mit allen geeigneten Mitteln dazu beizutragen, daß der Bund insgesamt – also die Ressorts einschließlich ihrer nachgeordneten Geschäftsbereiche – den nunmehr erreichten Anteil beschäftigter Schwerbehinderter auch zum nächsten Stichtag (Oktober 1995) wieder aufweist. Darüber wird dann Anfang 1996 erneut ein Bericht abgegeben.

Norbert Blüm: „Die beste Integration für Behinderte ist die in Arbeit und Beruf. ■

Wolfgang Schäuble:

Ehrenamtliche Tätigkeit wieder stärker ins Bewußtsein rufen

Im Rahmen einer Ehrung für ehrenamtlich Tätige führte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, u. a. folgendes aus:

Bundespräsident Roman Herzog hat jüngst gesagt, Gemeinsinn, freiwilliges Engagement für andere, für die Allgemeinheit, das sei so etwas wie ein Gradmesser für die „moralische Temperatur“ in einer Gesellschaft. Wenn das so ist, dann herrscht in unserer Gesellschaft, moralisch betrachtet, wohl doch ein eher herbstliches Klima, passend zur gegenwärtigen Jahreszeit. Denn daß die solidarische Zuwendung zum Mitmenschen, die Mitarbeit in und die Unterstützung für Vereine, für Verbände, für soziale Einrichtungen bei uns in voller Blüte stünde, das kann man leider nicht behaupten.

Überall die gleichen Klagen über nachlassendes Engagement, über fehlende Bereitschaft, Ämter und Aufgaben zu übernehmen über ausbleibenden Nachwuchs – im sozialen Bereich, im kulturellen Bereich, bei Sportvereinen, bei der freien Wohlfahrtspflege, bei Kirchen, Gewerkschaften, Parteien.

Woran liegt das? Die Diagnose ist bekannt, ich nenne nur die Stichworte: Orientierungskrisen, Individualisierung und Bindungslosigkeit des modernen Menschen, Ego-Gesellschaft, Hedonismus, Freizeitgesellschaft. Und was besonders die Politik ernstzunehmen hat: der Eindruck, daß unser perfektionistischer Sozialstaat mit seinen lückenhaften Sozialversicherungssystemen, mit Kinder- und Altenbetreuung, Pflegeheimen, Beratungseinrichtungen alle Bedürfnisse, einschließlich

Notlagen und Lebensrisiken, so weit abdeckt, daß es persönlicher solidarischer Hilfe und Zuwendung nicht mehr bedarf.

Ich fürchte, wir haben durch ein Zuviel an staatlicher Entlastung und Fürsorge das Potential an solidarischen Kräften in unserer Gesellschaft fast zugeschüttet. Jedenfalls geben wir auf diese Weise jedem eine bequeme Ausrede, warum er sich von den Bedürfnissen und Nöten seiner Mitmenschen nicht mehr persönlich angesprochen fühlen muß.

Schäuble: Wir müssen überlegen, wie wir Gemeinsinn, Solidarität, Mitmenschlichkeit und die Bereitschaft zur Übernahme von Ehrenämtern stärken können.

Das alles hat gravierende Nachteile für das Zusammenleben in einer Gesellschaft. Denn so erlahmen die Bindekräfte zwischen den Menschen, zerbröseln der Kitt, der eine Gesellschaft zusammenhält. Bindungen zum Mitmenschen erwachsen nun einmal aus wechselseitigem Geben und Nehmen im persönlichen Austausch, und nicht vermittelt über gesichtslose Einrichtungen, an die man Abgaben und Beiträge entrichtet und von denen man dann das Äquivalent an Leistungen zugemessen erhält. Weil das so ist, müssen wir überlegen, wie wir Gemeinsinn und Solidarität, Mitmenschlichkeit, Bereitschaft zur Übernahme von Ehrenämtern stärken können, und dazu bietet der heutige Tag Gelegenheit.

Häufig bedarf es ja nur des Anstoßes. Die Menschen, gerade junge Menschen, sind ja durchaus bereit, zu helfen, mitzumachen, Verantwortung zu übernehmen. Sie brauchen aber eine konkrete Herausforderung und Aufgabe, ein Ziel, für das sich der Einsatz lohnt, das sie persönlich anspricht und für dessen Verwirklichung sie ihren individuellen Beitrag leisten können. Unterstützung für andere und individuelle Selbstverwirklichung widersprechen sich ja gar nicht: Das Gefühl, anderen wirksam helfen zu können, ist doch die schönste Form von Selbstverwirklichung, die sich denken läßt; dies motiviert uns doch auch in der täglichen Berufsarbeit.

Was man erwarten darf, ist Anerkennung

Aber es bedarf des Anstoßes, des persönlich Angesprochenenseins, der Aufforderung – und später der Bestärkung, der Bestätigung. Wer für andere Verantwortung übernimmt, wer sich einsetzt, wer Kranke oder Behinderte betreut, einen Turnverein organisiert, einen Chor leitet, der erwartet dafür in der Regel keine materielle Belohnung. Der macht übrigens meist auch nicht viel Aufhebens von seinem Engagement. Aber was er erwarten darf, das ist gelegentliche Anerkennung für seinen Dienst am Nächsten, auch eine gewisse Wertschätzung in der Öffentlichkeit – jedenfalls nicht mitleidiges Lächeln oder gar spöttische Bemerkungen.

Übrigens auch nicht spöttische Bemerkungen von der Art, Ehrenämter seien Ämter, die nichts einbringen, Ehre am allerwenig-

sten. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion will wenigstens heute, am „Tag des Ehrenamtes“ der Vereinten Nationen, diese Bemerkung Lügen strafen, indem sie – stellvertretend für die vielen Millionen Ehrenamtlichen in unserer Gesellschaft – Mitarbeiter der Bundestagsverwaltung und der Fraktion, die sich in ihrer Freizeit in besonderer Weise für andere Menschen eingesetzt haben, ehrt und auszeichnet.

Stellvertretend für viele andere wurden geehrt:

- **Renate Eisenblätter-Grötter** (Abgeordneten-Mitarbeiterin) aus Buschdorf für ihr vorbildliches Engagement für die Mitarbeiter der Abgeordneten und für das Kinderturnen im Bonner Turnverein.
- **Helga Klumb** (Abgeordneten-Mitarbeiterin) aus Wachtberg für ihr vorbildliches Engagement als Vorsitzende des Godesberger Turnvereins.
- **Hubert Rausch** (CDU/CSU-Fraktion) aus St. Augustin für sein vorbildliches Engagement als Vorsitzender der Chorgemeinschaft und des Fördervereins der Musikschule St. Augustin.
- **Prosper Schücking** (Bundestagsverwaltung) aus Köln für sein vorbildliches Engagement in der AIDS-Hilfe.
- **Winfried Wippert** (CDU/CSU-Fraktion) aus Bonn-Lessenich für sein vorbildliches Engagement als Abteilungsleiter Schwimmen im Deutschen Behinderten-Sportverband.

Ein herzliches Dankeschön hat die CDU-Bundestagsabgeordnete Bärbel Sothmann allen ehrenamtlich Tätigen in ihrem Wahlkreis (Hochtaunus) gesagt und gleichzeitig angekündigt, daß sie einen besonderen Gesprächskreis einrichten werde, der Empfehlungen erarbeiten soll, um die gesellschaftliche Anerkennung des Ehrenamts zu verbessern.

Sechs Uhr vierzig, der Himmel über Berlin strahlt knallblau, doch es ist frühmorgenkühl. Über der riesigen Fläche des Berliner Fruchthofs weht frischer Wind. Auf die Frage an gepackte Arbeiter, wo die Frauen seien, die hier Obst und Gemüse sammeln, kommt eine schnelle Kopfbewegung. Für lange Erklärungen haben sie keine Zeit, schließlich sollen frische Waren bald in den Geschäften sein. „Richtung Parkplatz“ wurde signalisiert, und tatsächlich, ganz weit hinten stehen fünf Frauen, um sich herum hat die Gruppe Obst- und Gemüseboxen aufgebaut. Diese Frühaufsteherinnen haben also das Märchen vom „Tischlein deck' Dich“ wahr gemacht.

„Den Spinat nehme ich mit!“

– „Sind die Gurken noch gut?“ – „Schwester Marianne in Kreuzberg braucht Obst.“

– „Rufe mal in der Wärmestube im Wedding an, daß wir etwas später kommen.“

Die Frauen räumen die Obst- und Gemüseboxen hin und her, scheinbar planlos. Erst beim genaueren Hinsehen und Zuhören wird klar, daß sie die Wünsche ihrer Abnehmer berücksichtigen. Und das sind Obdachlosenheime, Wärmestuben und Suppenküchen. Es gilt das Märchenmotto „Die guten ins Töpfchen“. Nachdem alles schlechte Obst und Gemüse aussortiert ist, stellen die Helferinnen Kiste um Kiste in den Transporter mit der Aufschrift „Berliner Tafel“. Berliner Tafel, so heißt das Projekt, das vor zwei Jahren ins Leben gerufen wurde. Damals startete die Initiativgruppe Berliner Frauen (IBF) mit dem Sammeln und Verteilen von Lebensmitteln, freiwillig und ehrenamtlich. Daß sie sich damit richtig Arbeit einhandeln, hatten sich die Gründerinnen nicht klarge-

macht. Anfangs kamen sie nur einmal pro Woche zum Fruchthof, mittlerweile sind sie jeden Tag hier.

Dennoch: die Freiwilligen lassen sich ihre gute Laune weder von Kälte noch von Arbeit vermiesen. Schließlich haben sie mit ihrer Umverteilung Erfolg. Was beispielsweise auf dem Fruchthof an Obst und Gemüse ins „Töpfchen“ von Obdachlosenheimen, Wärmestuben und Suppenküchen kommt, wanderte ohne die Berliner Aktivistinnen auf den Müll.

... z. B. die „Berliner Tafel“

Eine Frauen-Initiative in der Bundeshauptstadt sammelt und verteilt Lebensmittel.

Aus einem Feature von Irmgard Kuhn in „Frau und Politik“ 5/1995

Druckstellen oder Runzeln machen Ware sehr schnell zum Ladenhüter. Und genau das machten sich die Frauen, die hier in dicken Handschuhen mit Obst- und Gemüseboxen hantieren, zunutze. Nachdem sie vom Projekt City Harvest in New York hörten, stand bei IBF fest, daß sie City Harvest, also Stadt-Ernte in Berlin einführen werden. Die Idee aus den Staaten ist tatsächlich ebenso einfach wie genial: Täglich kochen Hotels, Restaurants und Kantinen mehr Portionen, als gegessen werden, haben Bäcker abends noch Brot und Schrippen im Regal, mustern Händler Obst und Gemüse wegen kleiner Schönheitsfehler aus. Überschuß, der in New York dank City Harvest seit über 10 Jahren Abnehmer findet. Längst ahmen andere Städte in den USA das System nach, aber noch immer ist New York das ganz große Vorbild. City Harvest finanziert sich über Spenden und Sponsoren und hat einen Etat von 2,5 Mio. Dollar jährlich.

Ohne Ehrenamt kein Staat zu machen

Nach einem Gespräch mit den Abgeordneten Wolfgang Börnsen und Klaus Riegert der CDU/CSU-Fraktion erklärte der Bundesvorstand der Senioren-Union am Tag des Ehrenamtes:

Das Ehrenamt ist ein unverzichtbarer Dienst für unseren Staat und unsere Gesellschaft. Das freiwillige Engagement von rund 7 bis 8 Millionen Bürgerinnen und Bürgern in der Bundesrepublik Deutschland verdient mehr Anerkennung und Würdigung. Der ehrenamtliche Dienst für den Nächsten in Kirchen, Vereinen und Verbänden darf nicht noch stärker an Attraktivität einbüßen.

Der Rückzug ins Privatleben muß gestoppt werden! Viel stärker als bislang muß ins öffentliche Bewußtsein gerückt werden:

Wer sich ehrenamtlich engagiert, unterstützt die Ziele unseres Grundgesetzes, fördert das Verständnis zu den Generationen sowie von Deutschen und Ausländern.

Würden die geschätzten 240 Millionen Stunden ehrenamtlicher Tätigkeit nicht mehr geleistet, ginge ein Stück Mitmenschlichkeit verloren. Wir begrüßen da-

her das große ehrenamtliche Engagement der jungen Menschen im Rahmen des Freiwilligen sozialen Jahres und Freiwilligen ökologischen Jahres. Für diese gute Einrichtung müssen die Länder ihre Mittel aufstocken.

Die Senioren in unserem Land sind tagtäglich zum ehrenamtlichen Dienst bereit. Tausende unterstützen ihre Familienangehörigen bei Kindererziehung oder Pflege. Ältere Menschen engagieren sich unentgeltlich in den verschiedenen Verbänden, Vereinen und Institutionen. Der Senior-Experten-Service (SES) ist ein beredtes Beispiel dafür, daß ältere Menschen auch bereit sind, grenzüberschreitend tätig zu sein und sich für Projekte in der Entwicklungshilfe zu engagieren.

Die Senioren-Union hält am Grundgedanken fest: Ehrenamtliche Tätigkeit ist grundsätzlich unentgeltlich. Wer das Ehrenamt generell finanziell honorieren will, zerstört seinen Grundgedanken. Der Bereich ehrenamtlicher Tätigkeit darf nicht zu einem zweiten Arbeitsmarkt umgestaltet werden.

Jeder Ehrenamtliche verkörpert letztlich ein Stück Demokratie

Zum „Tag des Ehrenamtes“ erklärte die Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth:

Vergessen wir nicht: Das ehrenamtliche Engagement ist die Keimzelle unserer Gesellschaft, ist der „Kitt“, der uns alle miteinander verbindet und zusammenhält. Aber es ist auch der Garant, der vollkommener Beliebigkeit, Willkür, uneingeschränkter Selbst- und Mitbestimmung, absoluter Unge-

bundenheit und dem grenzenlosen Ausleben emotionaler Bedürfnisse in unserer Gesellschaft Grenzen setzt.

Wir brauchen eine Neubewertung der ehrenamtlich geleisteten Arbeit, des „Volunteering“, wie dies bereits in vielen Ländern außerhalb Deutschlands, wie z. B. in Amerika, Israel, Schottland, Schweden praktiziert wird.

Wir brauchen Menschen mit Phantasie und Bürger mit sozialer Kreativität.

Alfred Dregger:

Es gibt viele junge Talente, die ich mit Nachdruck gefördert habe

Der Ehrenvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, hat anlässlich seines 75. Geburtstages am 10. Dezember das folgende Interview gegeben:

Frage: Mit 36 Jahren wurden Sie der jüngste Oberbürgermeister in Deutschland, heute blicken Sie auf fast vier Jahrzehnte in der Politik zurück. Was bedeutet das für Sie?

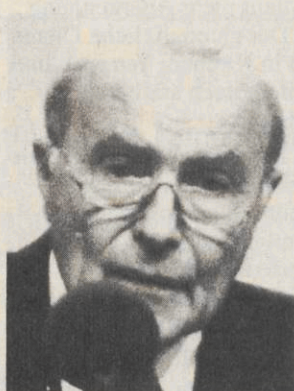
Alfred Dregger: Die Politik war und ist Hauptinhalt meines Lebens. Ich habe als Oberbürgermeister von Fulda und als Präsident des Deutschen Städtetages Kommunalpolitik, als Landesvorsitzender der hessischen CDU Landespolitik und als Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Bundespolitik gemacht. Die Erfahrung auf allen Politikebenen hat mir eine Zusammenschau der Probleme ermöglicht, die für meine Arbeit hilfreich war und ist.

Eine weitere Erkenntnis aus 40 Jahren Politik: Verlässlichkeit, Fairneß und Geradlinigkeit zahlen sich aus, weil sie Vertrauen bringen, ohne das man als demokratischer Politiker nicht handlungsfähig ist. Intriganten und pure Egoisten scheitern früher oder später. Und es zahlt sich aus, die politischen Aufgaben wirklich gut zu erledigen und nicht nur darauf zu achten, daß man kurzfristig vor Presse und Öffentlichkeit gut darstellt.

Frage: Was waren Ihre wichtigsten politischen Ziele? Welche haben Sie erreicht? Worauf sind Sie stolz, was waren Ihre großen Erfolge?

Alfred Dregger: Ich war von 1956 bis 1970 Oberbürgermeister der Stadt Fulda

und einige Jahre gleichzeitig Präsident des Deutschen Städtetags. Die Stadt Fulda mit ihrer großen geschichtlichen Tradition in die moderne Zukunft zu führen, war eine großartige Aufgabe.



Als Städtetagspräsident habe ich 1965 in einem Gespräch mit dem damaligen Bundeskanzler Erhard erreichen können, daß die Mineralölsteuer um drei Pfennige je Liter

erhöht wurde bei – und das war entscheidend – voller Zweckbindung für den innergemeindlichen Verkehrsausbau. Werner Bockelmann, früherer Oberbürgermeister von Frankfurt, bezeichnete dieses Ergebnis als größten Erfolg auf dem Gebiet der Kommunal Finanzen seit Wiederbegründung des Deutschen Städtetages. Ohne diesen Erfolg wäre es nicht möglich gewesen, das innergemeindliche Verkehrsnetz auf seinen jetzigen Stand zu bringen.

Meine zweite große Aufgabe war es nach meiner Wahl zum Landesvorsitzenden, die hessische CDU von einer 26 Prozent Partei zur ersten politischen Kraft in Hessen zu machen. Das ist mir in zwei Landtagswahlen 1970 und 1974 gelungen. Wir steigerten uns in einem Sturmflug, der in der Parteiengeschichte ohne Beispiel ist, von

Im Denken gradlinig und im politischen Handeln verlässlich

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, gratuliert Alfred Dregger anlässlich seines 75. Geburtstages:

Der Rat des Ehrenvorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion liegt mir ganz besonders am Herzen. Ich schätze seine Gradlinigkeit im Denken und seine Verlässlichkeit im politischen Handeln.

Alfred Dregger hat immer – trotz erbitterter Widerstände – für die deutsche Einheit gekämpft. Eine verantwortungsvolle Außen- und Sicherheitspolitik für Deutschland in der Mitte Europas wurde seine Lebensaufgabe. Unvergessen bleibt sein standfester Einsatz für den NATO-Doppelbeschluß.

Die Vertriebenenpolitik ist für Alfred Dregger nie überholt gewesen. Für ihn gilt das Recht auf Heimat als ein unveräußerliches Menschenrecht.

Der Weg führt den großen Konservativen noch oft nach Bayern, wo er als engagierter Mittler zwischen CDU und CSU dazu beiträgt, daß das Verständnis und die Zusammenarbeit der Schwesterparteien vertieft wird.

Der deutsche Patriot Alfred Dregger beschränkt sich nicht auf die Bundes- oder Außenpolitik. Für ihn ist die Landes- und Kommunalpolitik stets eine neue Herausforderung. Die Sorge für seinen Wahlkreis Fulda und für die Region stand und steht für ihn immer im Vordergrund.

Alfred Dregger setzt sich weiterhin für soziale, liberale und nationale Elemente der Politik ein. In den Führungsgremien der Christlich Demokratischen Union ist seine große Erfahrung und sein Wissen stets geschätzt. Er ist zukunfts offen und reformfreudig geblieben.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dankt Alfred Dregger, der sich mit seiner Erfahrung und Weitsicht auch weiterhin dafür einsetzt, die wichtigsten Ziele der deutschen Politik zu erreichen: nämlich die Freiheit zu sichern und die Einheit Deutschlands zu vollenden.

Ich wünsche Alfred Dregger zum 75. Geburtstag von Herzen Gesundheit, Wohlergehen und Gottes Segen!

26,4 Prozent über 39,7 Prozent auf 47,3 Prozent. Das war unglaubliche Knochenarbeit, aber es hat viel Spaß gemacht. Als Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion war es mir besonders wichtig, den Nato-Doppelbeschluß durchsetzen zu helfen. Daß es gelungen ist, war Anlaß, daß Moskau sich von seiner „Politik der Stagnation“, wie es dort plötzlich selbstkri-

tisch hieß, abwandte und einen Reformkurs beschritt, der dann die Wiedervereinigung möglich machte.

An der Wiedervereinigung habe ich immer festgehalten und bin immer für sie eingetreten. Daß ich an der Politik der Wiedervereinigung mitwirken durfte, empfinde ich als großes Glück.

Frage: *Sie gelten als konsequenter Verfechter eines konservativen Kurses in der Union. Sie werden von politischen Gegnern als Vertreter der „Rechten“ bezeichnet. Stört Sie das? Wie sehen Sie sich selbst?*

Alfred Dregger: Ich empfinde mich als besonders zukunfts offen und reformfreudig. In meiner Antrittsrede als hessischer Landesvorsitzender 1967 habe ich gesagt: „Unsere Politik ist sozial, aber nicht sozialistisch; sie ist liberal, aber nicht liberalistisch und sie ist selbstverständlich auch national, aber nicht nationalistisch. Alle drei Elemente sind für eine vernünftige Politik unentbehrlich. Aber jedes dieser Elemente wird zur Unwahrheit und zur Gefahr, wenn es übertrieben und verabsolutiert wird.“ Das ist auch heute meine Position; ich habe sie nie geändert. Die darin liegende Verlässlichkeit hat zu meinem politischen Erfolg beigetragen.

Frage: *Was hat Ihre politischen Vorstellungen beeinflusst (zu Beginn Ihrer Arbeit als Politiker)?*

Alfred Dregger: Meine politischen Vorstellungen wurden beeinflusst durch meinen Kriegseinsatz von 1939 bis 1945, durch den Verlust meines einzigen Bruders in Rußland und durch meine vier – zum Teil schweren – Verwundungen. Wer all das Leid gesehen und miterlebt hat, wird zum Kriegsgegner und zum Anhänger eines vereinten Europas.

Geprägt hat mich auch meine Ausbildung als Jurist. Daß meine Dissertation über „Haftungsverhältnisse bei der Vorgesellschaft von AG, GmbH, Genossenschaft und Verein“ die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes verändert hat, macht mich merkwürdigerweise noch heute stolz.

Meine großen politischen Vorbilder waren Konrad Adenauer und Ludwig Erhard. Sie haben es ermöglicht, daß das besiegte Deutschland sehr schnell aus den Trüm-

mern des Krieges wieder einen Spitzenplatz in Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft erringen konnte. Heute ist unser Land verlässlicher Verbündeter des Westens und zugleich geschätzter Kooperationspartner des Ostens. Das ist für ein Volk in der Mitte mit den meisten Nachbarn, den meisten Grenzen, den meisten Risiken, aber auch den meisten Chancen eine Traumkonstellation. Welche Veränderung gegenüber der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts!

Es war mir eine Freude, Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Politik für Deutschland neun Jahre lang als Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützen zu können.

Frage: *Gab es Fehler oder Fehleinschätzungen in Ihrer politischen Laufbahn? Wenn ja, welche?*

Alfred Dregger: Davon gab es sicher eine ganze Reihe, aber in Grundfragen war meine politische Linie immer richtig.

Frage: *Eine Frage an den Wahlkreisabgeordneten Dregger: Sie vertreten Fulda seit 1972 direkt und vor Ort unangefochten im Bundestag, dessen Alterspräsident Sie heute sind. Meines Wissens nach sind Sie nach wie vor unumstritten, dennoch die Frage: Haben Sie für die Zukunft einen Kronprinzen (oder -prinzessin), der oder die einmal nach Ihren Vorstellungen Ihre Arbeit fortführen könnte?*

Alfred Dregger: In meiner Partei, auch in meinem Wahlkreisbereich, gibt es viele junge Talente, die ich mit Nachdruck gefördert habe. Die Mitglieder der Jungen Union z. B. sind meine besten Helfer und Freunde. Aber Kronprinzen und -prinzessinnen gibt es in der Demokratie nicht, Gott sei Dank. Hier muß jeder seinen Weg machen, ohne von vornherein eine Vorrangstellung in Anspruch nehmen zu können

Die PDS will gemeinsam mit der SPD ihre Vergangenheit aufarbeiten

Als ein „uneusches Angebot“ hat die SPD den Vorschlag der PDS abgelehnt, gemeinsam den Zusammenschluß von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei (SED) am 21. April 1946 in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone aufzuarbeiten.

Sehr zurückhaltend mit der Überschrift „Fern der Wahrheit“ hat die „Welt“ am 12. Dezember dieses Annsen kommentiert und schreibt:

Der Umgang der PDS mit ihrer Vorgeschichte als SED zeigt, daß es mit dem oft beschworenen ehrlichen Aufarbeiten nicht weit her ist. Als der Vorsitzende Lothar Bisky nämlich gestern die SPD aufforderte, gemeinsam des 50. Jahrestages zu gedenken, an dem SPD und KPD in der damaligen Ostzone verschmolzen wurden, gab er gleich die Richtung vor: Es sei falsch, die Gründung der SED pauschal als Zwangsvereinigung zu bezeichnen. Es habe zwar „Elemente von Zwang“ gegeben, aber auch Zustimmung in weiten Teilen beider Parteien. Im übrigen, so heißt es in einem Bericht der PDS-Historikerkommission, habe die SED „zunächst überwiegend den Charakter einer linken sozialistischen Volkspartei“ gehabt.

„Lichtjahre von der historischen Wahrheit entfernt“ sehen die „Stuttgarter Nachrichten“ vom 12. Dezember den PDS-Chef Bisky, der immerhin eingesteht, daß „einzelnen Sozialdemokraten drangsaliiert“ worden sind. Weiter heißt es in dem Kommentar der Zeitung:

Die Zwangsvereinigung von KPD und SPD war die schiere Gewaltpolitik, von der Gruppe Ulbricht durchgepeitscht und von den Sowjets flankiert. Daß in der Fol-

ge zahllose Sozialdemokraten abgeurteilt wurden, daß in den vierziger und fünfziger Jahren jede Abweichung von der kommunistischen Lehre als „Revisionismus“ gebrandmarkt wurde – dies zu leugnen, bedarf einer gehörigen Portion Dickfelligkeit. Nein, so wie sich der PDS-Vorsitzende das vorgstellt, wird eine „Verständigung“ mit der SPD sicher nicht zu haben sein. Gerade in den neuen Ländern bezieht die demokratische Linke ihre Identität aus dem Widerstand gegen die aufgepfropfte Gleichschaltung unter dem Dach der SED. Die Erinnerung an die Opfer, über die jetzt die PDS mit neuen Thesen hobelgleich hinwegzugehen versucht, ist äußerst lebendig.

In der Schwierigkeit, sich in der Gegenwart zurecht zu finden, sieht die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 12. Dezember den Grund für den Versuch der PDS, wenigstens was ihre Geschichte angeht, „eine gewisse Bewältigungs-Routine zu entwickeln“. Aber auch darin sieht die Zeitung nur Ausdruck von „Ratlosigkeit“:

Bisky und Gysi gelten als trickreich, geschmeidig und schlau. Diesem Bild versuchen sie tapfer zu entsprechen. Immer neue Wendungen und Anstöße sollen das Publikum fesseln und die PDS im Gespräch halten. Doch es wachsen die Zweifel, ob deren Führung über ein schlüssiges politisches Drehbuch verfügt. Das angestrenzte Zappeln ist wahrscheinlich ein Zeichen für Ratlosigkeit. Die modernisierte, geläuterte, sich postmateriellen Themen öffnende „Partei des demokratischen Sozialismus“, sie existiert in Wirklichkeit nicht.

CDU-Motto für Rheinland-Pfalz:

Alle Kraft für unser Land

Auf dem 46. Landesparteitag in Bad Dürkheim am 1./2. Dezember wurde Johannes Gerster mit 97 Prozent der Delegiertenstimmen in seinem Amt als Landesvorsitzender der rheinland-pfälzischen CDU bestätigt.

Damit steigerte der Spitzenkandidat für das Amt des Ministerpräsidenten sein Ergebnis von Dezember 1993, als er in Trier mit 96 Prozent der Delegiertenstimmen erstmals zum Landesvorsitzenden gewählt wurde. Fraktionsvorsitzender Christoph Böhr gratulierte Johannes Gerster als erster und erklärte: „Die CDU steht geschlossen hinter dem Landesvorsitzenden. Mit ihm werden wir die Landtagswahl gewinnen.“

Mit dem glänzenden Ergebnis für Johannes Gerster auf dem Landesparteitag, der unter dem Motto „Alle Kraft für unser Land“ stand, erhielt Johannes Gerster das Vertrauen der Delegierten, die dem Landesvorsitzenden damit auch für die wieder gewonnene Geschlossenheit der Partei dankten. Vor den Delegierten rief Johannes Gerster die Partei dazu auf, entschlossen für den Wahlsieg am 24. März 1996 zu kämpfen: „Wir bleiben schön auf dem Boden und werden den politischen Gegner nicht unterschätzen! Aber wir kämpfen um jede Stimme. Damit unser Land unter der Führung der CDU wieder Spitze wird.“

Johannes Gerster – eine Erfolgsbilanz

Johannes Gerster steht für einen Neubeginn nach dem Verlust der Regierungsverantwortung 1991. Unter seiner Führung ist die CDU Rheinland-Pfalz wieder stärkste politische Kraft in unserem Bundesland geworden. Mit ihm hat die CDU die Kom-

munal-, Europa- und Bundestagswahl 1994 gewonnen. Die CDU konnte ihren Vorsprung vor der SPD weiter ausbauen. Die CDU gewann 17 von 23 Direktwahlen auf kommunaler Ebene. Ebenso hat sich die Mitgliederzahl stabilisiert. Die CDU hat mehr Ein- als Austritte. Unter Johannes Gerster hat sich die CDU Rheinland-

46. Landesparteitag in Bad Dürkheim: Gerster als CDU-Landeschef mit 97 Prozent der Stimmen wiedergewählt.

„Damit unser Land wieder Spitze wird!“

Pfalz personell erneuert. Sie hat eine junge dynamische Truppe. Die CDU hat sich inhaltlich erneuert. Sie hat zu allen zentralen landespolitischen Themen Programme erarbeitet und bietet damit die besseren Alternativen zu einer SPD-Landesregierung der Pleiten und Pannen.

Regierungsprogramm 1996–2001 verabschiedet

Mit aller Kraft für unser Land wird Johannes Gerster nach einem Wahlsieg am 24. März 1996 das von den Delegierten verabschiedete Regierungsprogramm 1996–2001 umsetzen. Inhaltliche Schwerpunkte des Regierungsprogramms sind die Schaffung neuer, moderner Arbeitsplätze, die Neuordnung der Kommunalen Finanzen bzw. die Absenkung der Gebührenbelastung, Familie-, Kinder- und Jugendpolitik, Umweltpolitik, Bildung, Sport und Innere Sicherheit sowie eine grundlegende Verwaltungsreform.

Landesvorstand: Maria Böhmer wird Stellvertreterin

Neben Johannes Gerster, der als Vorsitzender 375 Stimmen bei 2 Enthaltungen und 11 Nein-Stimmen erhielt, wählten die Delegierten erneut Frau Dr. Maria Böhmer, MdB, mit 321 von 401 Stimmen (52 Nein-Stimmen, 28 Enthaltung) zur Stellvertreterin des CDU-Landeschefs. Sie verbesserte ebenfalls ihr Ergebnis von vor zwei Jahren. Neu als Stellvertreter wählten die Delegierten Dr. Adolf Weiland. Er vereinte 351 Stimmen auf sich. 20 Delegierte votierten mit Nein, 22 enthielten sich. Bei der Wahl der Beisitzer zum Landesvorstand wurden gewählt: Iлона König, Mari- anne Kranz, Dr. Alfred Beth, MdL, Joachim Hörster, MdB, Peter Rauen, MdB, Peter Bleser, MdB, Rolf Staab, Dr. Eva Lohse, Michael Billen, Kurt Lechner, Josef Happ, Dr. Christoph Wolff, Marianne Rabb-Ohlenforst, Erhard Lelle, MdL, und Dorothea Schäfer.

Das Wahlziel der CDU: 45 Prozent plus X

Der Wahlparteitag war auf der ganzen Linie ein Erfolg für die CDU und ihren Landesvorsitzenden Johannes Gerster. Als Wahlziel gab der Ministerpräsidenten-Kandidat 45 Prozent plus X als Ziel vor. Dann führe kein Weg mehr an der CDU, der stärksten politischen Kraft, vorbei. Damit werde die CDU wieder Regierungsverantwortung übernehmen und Rheinland-Pfalz in das nächste Jahrtausend führen. Bei dieser Wahl gehe es darum, Rot-Grün zu verhindern, und dies sei nur mit einer starken CDU zu erreichen. Denn eine sich an die SPD klammende FDP könne Rot-Grün nicht stoppen. Die Liberalen, so Gerster, müßten erkennen, daß sie nur an der Seite der CDU regieren könnten. Gerster: „Für den Wahlsieg am 24. März 1996 müssen wir kämpfen, kämpfen und nochmals kämpfen.“

Ehrendoktorwürde der Ben-Gurion-Universität für Gerster

Dem CDU-Präsidiumsmitglied und Vorsitzenden der rheinland-pfälzischen Union, Johannes Gerster, ist in Berlin die Ehrendoktorwürde der Philosophie der Ben-Gurion-Universität des Negev in Beer Sheva/Israel verliehen worden.

In seiner Dankesrede im Rahmen der Verleihungsfeier im Centrum Judaicum in Berlin erinnerte Gerster an Ben Gurion und Konrad Adenauer als „die Visionäre von einst“, die sich als Realisten erwiesen hätten. „Voll Freude würden sie auf den heute erreichten Stand der Beziehungen zwischen Israel und Deutschland blicken. Meine Eh- rung sehe und akzeptiere ich als Be- weis für diese positive Entwicklung.“

Vor Gerster wurde diese Auszeichnung u.a. den deutschen Politikern Annemarie Renger, frühere Bundestagspräsi- dentin, und Bundeskanzler Helmut Kohl zuteil. Weitere Ehrendoktoren der renommierten israelischen Universität sind der ermordete Ministerpräsident Izhak Rabin, der israelische Staatspräsi- dent Chaim Herzog, der frühere fran- zösische Staatspräsident François Mit- terrand, der frühere Bürgermeister von Jerusalem, Teddy Kollek, sowie US- Senator Edward Kennedy.

Johannes Gerster ist seit Jahrzehnten für die deutsch-israelische Freund- schaft engagiert. Er ist Vizepräsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft und war in seiner Zeit als Bundestags- abgeordneter in Bonn viele Jahre Vor- sitzender der Deutsch-Israelischen Par- lamentariergruppe im Bundestag. Un- ter seinem Vorsitz erreichte die Gruppe die Rekordzahl von 192 Mitgliedern.

Aktionen zum Jahreswechsel

Brot statt Böller

Das neue Jahr fröhlich und laut zu beginnen, ist liebgegewonnene Tradition. Und doch sollte man sich die Frage stellen, ob man die „bösen Geister“, die man mit der teuren Sylvesterknallerei vertreiben möchte, nicht auch auf andere Weise in die Flucht schlagen kann. Die CDU sollte nicht zögern, die vielen Initiativen zu unterstützen, die alljährlich darum bitten, Geld für die Ärmsten der Armen zu spenden, anstatt es im wahrsten Sinne des Wortes zu verpulvern. Ein entsprechender Aufruf mit Flugblättern und Plakaten oder Canvassing-Ständen in der Fußgängerzone findet sicherlich bei den Medien Gehör. Der ideale Zeitpunkt hierfür sind die Umtausch-Tage nach Weihnachten.



CDU-Katerfrühstück am Neujahrstag

Ein Frühstück mit Bismarckheringen, sauren Gurken und starkem Kaffee findet nach durchgeführter Neujahrnacht viele Freunde. Selbstverständlich dürfen hier Veranstaltungszubehör und Werbemittel der CDU nicht fehlen.

- **Papier-Tischdecke (50 m Rolle)**

Bestell-Nr.: 9059

Verpackungseinheit: 1 Rolle

Preis je Rolle: 25,- DM

- **Bierdeckel**

Bestell-Nr.: 9292

Verpackungseinheit: 600 Expl.

Preis je 600 Expl.: 21,- DM

- **Rahmenflugblatt**

Bestell-Nr.: 1885

Verpackungseinheit: 1.000 Expl.

Preis je 600 Expl.: 21,60 DM

- **Luftballons**

Bestell-Nr.: 9304

Verpackungseinheit: 1.000 Expl.

Preis je 1.000 Expl.: 110,- DM

- **Sonnenschirm**

Bestell-Nr.: 0458

Verpackungseinheit: 1 Schirm

Preis je Schirm: 75,- DM

- **Sonnenschirm-Füllständer**

Bestell-Nr.: 0459

Verpackungseinheit: 1 Expl.

Preis je Expl.: 12,80 DM

Unser Umwelt-Tip

Der von uns angebotene Canvassing-Stand besteht aus recyceltem Getränkeverpackungsmaterial wie z. B. H-Milch-, H-Sahne- oder auch Orangen-Saftverpackungen. Diese Materialien werden zerkleinert und durch verschiedene Preß-Vorgänge zu Platten verarbeitet. Umgerechnet bedeutet das, daß unser Canvassing-Stand aus 1.611 H-Milch-Verpackungen hergestellt wurde.



Canvassingstand

(Recyclingprodukt aus Getränkeverpackungsmaterial),
Bestell-Nr.: 0451

Verpackungseinheit: 1 Stand

Preis je Stand: 182,- DM

Kriminalität entschlossen bekämpfen - Innere Sicherheit stärken

Beschluß des 4. Parteitags der CDU Deutschlands



SICHER IN DIE ZUKUNFT
CDU

Erziehung und Ausbildung in unserem freiheitlichen und demokratischen Bildungssystem

Beschluß des 4. Parteitags der CDU Deutschlands



SICHER IN DIE ZUKUNFT
CDU

Wieder lieferbar!
Broschüre: Kriminalität entschlossen
bekämpfen
Bestell-Nr.: 5730
Verpackungseinheit: 25 Expl.
Preis je 25 Expl.: 21,— DM

Wieder lieferbar!
Broschüre: Erziehung und Ausbildung
Bestell-Nr.: 5729
Verpackungseinheit: 25 Expl.
Preis je 25 Expl.: 24,— DM



Alle Preise zzgl. MwSt.
und Versand*

Bestellungen an:
IS-Versandzentrum
Postfach 1164
33759 Versmold
Fax: 0 54 23/4 15 21

(*Bei Bestellungen bis zu einem
Warenwert von 50,— DM wird
eine Versandkostenpauschale in
Höhe von DM 5,— erhoben.)

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

Nie wieder Sozialismus?

Die Ziele der SED-Fortsetzungs-Partei

Eine Handreichung zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit der PDS

● Nie wieder Sozialismus?

Bestell-Nr.: 5119

Verpackungseinheit: 50 Expl.

Preis je 50 Expl.: 24,00 DM

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum • Postfach 1164
33759 Versmold • Fax: 0 54 23/4 15 21

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand*

UiD

40/1995

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion:
Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113
Bonn, Telefon (0228) 5440, Verlag: Union Betriebs
GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel.
(0228) 5307-0, Telefax (0228) 5307-118/119. Vertrieb:
Tel. (0228) 5307-189. Verlagsleitung: Bernd Profitlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183
(BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504
(BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 56,- DM.
Einzelpreis 1,50 DM. Herstellung: ~~WA~~ Vereinigte Verlags-
anstalten GmbH, Düsseldorf.